

Mit Zustellungsurkunde

Infraserv GmbH & Co. Höchst KG
Site Services
Genehmigungen
Industriepark Höchst - Gebäude G 811
65926 Frankfurt am Main

Unser Zeichen: **IV/F 42.2-100 h 26.07/2-2019/7 (KVA-21)**
Ihre Ansprechpartnerin: Kathrin Kozyra
Zimmernummer: 8.6.38
Telefon/ Fax: 3967 / 5950
E-Mail: kathrin.kozyra@rpda.hessen.de
Datum: **12. September 2023**

Genehmigungsverfahren nach § 16 Abs. 1 und 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Betreiber: Infraserv GmbH & Co. Höchst KG
Anlage: Klärschlammverbrennungsanlage (KVA)
Standort: Gebäude E 347 ff. im Industriepark Höchst
Vorhaben: Verzicht auf Input-Analysen sowie Reduzierung von Glühverlustuntersuchungen

**Ihr Genehmigungsantrag vom 12. Januar 2023, G-26759
Ergänzungen per E-Mail vom 10. März 2023 und 19. Juni 2023**

Änderungsgenehmigungsbescheid

I.

Auf Antrag vom 12. Januar 2023 in der Fassung der Ergänzungen vom 10. März 2023 und 19. Juni 2023 wird der

Infraserv GmbH & Co. Höchst KG
Industriepark Höchst
vertreten durch die Geschäftsführung
65926 Frankfurt am Main

- im Folgenden Antragstellerin/Betreiberin genannt – nach § 16 Abs. 1 BImSchG die Genehmigung erteilt, die Klärschlammverbrennungsanlage im Industriepark Höchst,

Gemarkung: Frankfurt am Main-Höchst
Flur: 23
Flurstück-Nr.: 1/54

wesentlich zu ändern und in der geänderten Form zu betreiben.

Diese Genehmigung ergeht nach Maßgabe der unter Abschnitt IV. dieses Bescheides aufgeführten Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen und unter den in Abschnitt VI. festgesetzten Nebenbestimmungen.

Die Änderung betrifft im Einzelnen folgende Maßnahmen:

Die Analyse- und Berichtspflichten für folgende Parameter sollen geändert werden:

1. Verzicht auf die Input-Analysen für Stickstoff und EOX für alle Abfälle im KVA-Input sowie Dioxine/Furane im IPH-Klärschlamm
2. Reduzierung der Anzahl der Glühverlustuntersuchungen der Aschen auf quartalsweise Analysen und Übermittlung der Ergebnisse mit dem Jahresbericht

Kostenentscheidung

Die Kosten (Gebühren und Auslagen) des Verfahrens werden der Antragstellerin auferlegt.

Die Verwaltungsgebühr wird festgesetzt auf: **2.970,00 Euro**.

Besondere bare Auslagen im Sinne des § 9 HVwKostG sind nicht entstanden bzw. in der Verwaltungsgebühr enthalten.

II. Maßgebliche BVT-Merkblätter

Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2010 der Kommission vom 12. November 2019 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Abfallverbrennung (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C (2019) 7987) vom 03. Dezember 2019.

III. Eingeschlossene Entscheidungen

Der Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht eingeschlossen werden.

Inhaltsübersicht

I. Tenor	1
II. Maßgebliche BVT-Merkblätter	2
III. Eingeschlossene Entscheidungen	2
IV. Zugehörige Unterlagen	4
V. Angaben zur RVA gemäß § 21 Abs. 3 der 9. BImSchV	6
VI. Nebenbestimmungen gemäß § 12 BImSchG	7
VII. Begründung	8
1. Rechtsgrundlagen	8
2. Genehmigungshistorie	8
3. Verfahrensablauf	8
4. Umweltverträglichkeitsprüfung	9
5. Ausgangszustandsbericht	9
6. Genehmigungsvoraussetzungen	10
7. Zusammenfassende Beurteilung	12
VIII. Kostenfestsetzung	13
IX. Rechtsbehelfsbelehrung	15
Anhang	16

IV. Zugehörige Unterlagen

Für diese Genehmigung sind folgende als Anlagen gekennzeichnete Unterlagen, die Bestandteil des Bescheides sind, verbindlich:

Anlage 1

Antragsschreiben vom 12. Januar 2023, Az.: G-26759, eingegangen am 12. Januar 2023

Anlage 2 (1 Ordner)

1 Allgemeine Angaben	1-2
Formular 1/1: Antrag nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz	1-2
Formular 1/2: Genehmigungsbestand der gesamten Anlage	1-4
2 Inhaltsverzeichnis	2-1
3 Kurzbeschreibung	3-1
4 Betriebsgeheime Unterlagen	4-1
5 Standort und Umgebung	5-1
6 Anlagen und Verfahrensbeschreibung, Betriebsbeschreibung	6-1
6.1 Beschreibung des gegenwärtigen Zustands	6-1
6.1.1 Genehmigungsrechtliche Einordnung der KVA	6-1
6.1.2 Überblick über die Gesamtanlage, Formular 6/1 Betriebseinheiten	6-4
Formular 6/1: Betriebseinheiten	6-4
6.1.3 Grundzüge des Verfahrens	6-7
6.1.4 Betriebsbeschreibung	6-10
6.2 Vorgesehene Änderungen - Antragsgegenstand	6-11
6.2.1 Analyse- und Berichtspflichten - Verzicht auf die Input-Analysen für Stickstoff und EOX für alle Abfälle im KVA-Input sowie Dioxine/Furane im IPH-Klärschlamm	6-13
6.2.1.1 Stickstoff	6-14
6.2.1.2 EOX	6-14
6.2.1.3 Dioxine/Furane	6-15
6.2.2 Analyse- und Berichtspflichten - Reduzierung der Anzahl der Glühverlustuntersuchungen der Aschen auf quartalsweise Analysen und Übermittlung der Ergebnisse mit dem Jahresbericht	6-15
7 Stoffe Stoffmengen Stoffdaten	7-1
Formular 7/1: Art und Jahresmenge der Eingänge	7-2
Formular 7/2: Art und Jahresmenge der Ausgänge	7-3
Formular 7/4: Art und Jahresmenge sonstiger Abfälle	7-4
Formular 7/5: Maximaler Hold-up gefährlicher Stoffgruppen im bestimmungsgemäßen Betrieb	7-5
8 Luftreinhaltung	8-1
Formular 8/1: Emissionsquellen und Emissionen von Luftverunreinigungen	8-1
9 Abfallvermeidung	9-1
Formular 9/1: Angaben zur schadlosen und ordnungsgemäßen Verwertung von Abfällen gem. § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG	9-2
Formular 9/2: Angaben zur gemeinwohlverträglichen Beseitigung von Abfällen gem. § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG	9-4
10 Abwasserentsorgung	10-1
11 Spezialteil Abfallentsorgungsanlagen	11-1

12 Abwärmenutzung	12-1
13 Schutz vor Lärm, Schallimmissionsprognose	13-1
14 Anlagensicherheit	14-1
14.1 Allgemeines	14-1
14.2 Anwendungsvoraussetzung der Störfallverordnung	14-1
14.3 Projektbezogener Sicherheitsbericht	14-1
Formular 14/1: Vorhandensein gefährlicher Stoffe nach § 2 Nr. 2 der Störfall- Verordnung (Störfall-Stoffe) in der hier beantragten Anlage	14-2
Formular 14/2: Vorhandensein gefährlicher Stoffe nach § 2 Nr. 4 der Störfall-Verordnung (Störfall-Stoffe) im Betriebsbereich	14-3
14.4 Beurteilung im Sinne des § 50 BImSchG (Land-Use-Planning-Thematik)	14-4
Formular 14/3: Land-Use-Planning (LUP)	14-5
15 Arbeitsschutz	15-1
16 Brandschutz	16-1
17 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	17-1
18 Bauantrag	18-1
19 Unterlagen für sonstige Konzessionen	19-1
20 Unterlagen für die Umweltverträglichkeitsprüfung	20-1
20.1 Allgemeines	20-1
Formular 20/1: „Feststellung der UVP-Pflicht“	20-3
20.2 Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen einer UVP	20-6
Formular 20/2: „Kriterien für die Vorprüfung im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 3 UVPG“	20-7
20.3 Ergebnis	20-18
21 Maßnahmen nach Betriebseinstellung	21-1
22 Ausgangszustandsbericht	22-1

Anlage 3

Ergänzende Unterlagen per E-Mail vom 10. März 2023

Anlage 4

Ergänzende Unterlagen per E-Mail vom 19. Juni 2023

V. Angaben zur KVA gemäß § 21 Abs. 3 der 9. BImSchV

1. Art und Menge der zur Verbrennung zugelassenen Abfälle

Bezüglich der Art der zur Verbrennung zugelassenen Abfälle wird auf den Änderungs-genehmigungsbescheid vom 31. Juli 2014, Az.: IV/F 42.2-100h 12.05-KVA-16- sowie auf folgendes Anzeigeverfahren zur Erweiterung des Inputkataloges verwiesen: IV/F 42.2-100h 12.05-KVA-A79- mit Entscheidung vom 1. August 2019.

Die Menge der zu verbrennenden Abfälle schlüsselt sich wie folgt auf:

Klärschlämme	max. 205.000 t/a
feste Abfälle	max. 45.000 t/a
flüssige Abfälle	max. 20.000 t/a
Klärschlämme, Abfälle in Summe	max. 225.000 t/a
Harnstoffhaltiges Konzentrat	max. 7.500 t/a

2. Abfallverbrennungskapazität

In der Anlage werden 225.000 Tonnen Abfälle pro Jahr (Klärschlämme und Abfälle verbrannt. Hinzu kommen die Einträge von den in der KVA in Sammelbehältern angenommenen und gelagerten harnstoffhaltigen Abwässern, die nach Eindampfung als Konzentrate in Höhe von maximal 7.500 t/a beiden Straßen zugeführt werden können.

3. Massenströme der zur Verbrennung zugelassenen Abfälle

Die kleinsten und größten Massenströme der zur Verbrennung vorgesehenen zugelassenen Abfälle, angegeben als stündliche Einsatzmenge, betragen je Verbrennungsstraße:

$$m_{\min} = 6,0 \text{ t/h und}$$

$$m_{\max} = 17,0 \text{ t/h}$$

Bei Ausfall einer Eintragungsschnecke in einem der beiden Wirbelschichtöfen ist auch ein Massenstrom von < 3 t/h (Teillastfahrweise) möglich.

4. Heizwerte der zur Verbrennung zugelassenen Abfälle

Die Heizwerte der zur Verbrennung zugelassenen Abfälle schwanken zwischen 0 kJ/kg und 46.000 kJ/kg. Im Durchschnitt ist von einem Heizwert von 5.000 kJ/kg der Input-Mischung an Klärschlämmen/Abfällen auszugehen.

5. Größter Gehalt an Schadstoffen in den zur Verbrennung zugelassenen Abfällen

Parameter	(mg/kg TS)
Arsen (As)	300
Blei (Pb)	600
Cadmium (Cd)	50
Chrom (Cr)	600
Kobalt (Co)	100
Kupfer (Cu)	2.500
Nickel (Ni)	3.000
Quecksilber (Hg)	6.6

Parameter	(mg/kg TS)
Zink (Zn)	14.000
Chlorid	20.000
Fluor	9.000
Schwefel	55.000
PCB	50
PCP	100
org. Chlor	10.000

VI. Nebenbestimmungen gemäß § 12 BImSchG

1. Allgemeines

1.1

Die Urschrift oder eine Kopie des bestandskräftigen Bescheides sowie der dazugehörigen o.a. Unterlagen sind am Betriebsort aufzubewahren und den Mitarbeitern der Genehmigungs- oder Überwachungsbehörden auf Verlangen vorzulegen.

1.2

Die Anlage ist entsprechend den vorgelegten und im Abschnitt IV. genannten Unterlagen in der geänderten Form zu betreiben, soweit im Folgenden keine abweichenden Regelungen getroffen werden.

1.3

Die hiermit erteilte Genehmigung tritt zu der für die Anlage bereits früher erteilten Genehmigung hinzu und bildet mit diesen einen gemeinsamen Genehmigungsbestand.

Die Nebenbestimmungen bisher erteilter Bescheide gelten weiter, sofern sich aus diesem Bescheid keine Abweichungen ergeben.

1.4

Ergeben sich Widersprüche zwischen dem Inhalt der Antragsunterlagen und den nachfolgenden Nebenbestimmungen, so gelten die Letzteren.

1.5

Die Anlagenbetreiberin hat dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Frankfurt unverzüglich jede bedeutsame Störung des bestimmungsgemäßen Betriebs der Anlage mitzuteilen.

1.6

Dem Bedienungspersonal sind die für den Betrieb der Anlage im Genehmigungsbescheid enthaltenen Regelungen bekannt zu geben.

VII. Begründung

1. Rechtsgrundlage

Dieser Bescheid ergeht aufgrund von § 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit Nr. 8.1.1.1 Verfahrensart G und Nr. 8.1.1.3 Verfahrensart G des Anhangs 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV).

Zuständige Genehmigungsbehörde ist nach § 1 der hessischen Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung das Regierungspräsidium Darmstadt.

2. Genehmigungshistorie

Die bestehende Anlage wurde am 14. August 1991 mit Planfeststellungsbeschluss gemäß § 7 AbfG durch das Regierungspräsidium Darmstadt unter dem Aktenzeichen V39d-79n 08/13-Hoe-HW-KS genehmigt.

Die letzte wesentliche Änderung der bestehenden Anlage erfolgte mit Änderungsgenehmigungsbescheid gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG vom 9. Januar 2020 unter dem Aktenzeichen IV/F 42.2-100h12.05-IS-KVA-20 durch das Regierungspräsidium Darmstadt.

Die letzte Änderung der Anlage erfolgte mit Anzeige gemäß § 15 BImSchG und wurde am 25. Oktober 2021, IV/F 42.2-100 h 26.07/2-2019/5 (KVA-A80) bestätigt.

3. Verfahrensablauf

Die Infraserb GmbH & Co. Höchst KG hat mit Schreiben vom 12. Januar 2023 den Antrag nach § 16 Abs. 1 und 2 BImSchG für die wesentlichen Änderungen der Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) gestellt.

Gegenstand dieses Antrages ist die Änderung der Analyse- und Berichtspflichten für folgende Parameter:

1. Verzicht auf die Input-Analysen für Stickstoff und EOX für alle Abfälle im KVA-Input sowie Dioxine/Furane im IPH-Klärschlamm
2. Reduzierung der Anzahl der Glühverlustuntersuchungen der Aschen auf quartalsweise Analysen und Übermittlung der Ergebnisse mit dem Jahresbericht

Gemäß § 16 Abs. 2 BImSchG wurde beantragt, dass von der Veröffentlichung des Vorhabens abgesehen werden soll. Begründet wurde dies damit, dass keine Veränderungen hinsichtlich Verbrennungskapazität, Abfallarten, Lagermengen, Emissionen/Immissionen sowie Produktionsabwässer und Produktionsabfälle erfolgen.

Da hier offensichtlich keine erheblich, nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind, kann von hier aus dem Antrag zugestimmt werden.

Die Antragsunterlagen wurden im Zusammenwirken mit den im folgenden genannten Behörden auf Vollständigkeit geprüft und von der Antragstellerin entsprechend vervollständigt (siehe IV. Zugehörige Unterlagen). Die Vollständigkeit der Unterlagen wurde am 19. Juni 2023 festgestellt.

Der Entwurf des Bescheides wurde der Antragstellerin am 6. September 2023 zur Anhörung übersandt. Hierzu erfolgte die Stellungnahme am 8. September 2023.

4. Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Anlage fällt nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) Anlage 1 unter Nr. 8.1.1.1 und 8.1.1.2 jeweils Spalte 1 und ist somit UVP-pflichtig.

Für dieses Vorhaben war nach § 1 Abs. 2 der 9. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (9. BImSchV) i.V. mit § 5 Abs. 1 des UVPG zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 durchgeführte allgemeine Vorprüfung erfolgte anhand der Kriterien der Anlage 3 UVPG (Kriterien für die Vorprüfung im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung) und ergab, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da von der geplanten Änderung des Vorhabens keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Diese Feststellung beruht auf folgenden Kriterien und den entsprechenden Merkmalen des Vorhabens:

Die sonstigen Leistungs- und Betriebsparameter der KVA und dabei insbesondere die Verbrennungskapazität, die Emissionswerte, das Spektrum der zu verbrennenden Stoffe und die Grenzwerte für die Schadstoffgehalte (Annahmegrenzwerte und Ofengrenzwerte) bleiben unverändert.

Weitere Tatbestände, die die Besorgnis erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen begründen könnten, liegen nach hiesiger Einschätzung nicht vor.

Das Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung wurde am 24. April 2023 gemäß § 5 Abs. 2 UVPG im Staatsanzeiger des Landes Hessen Nr. 17, Seite 584 und im Internet veröffentlicht.

5. Ausgangszustandsbericht (AZB)

Bei der Anlage handelt es sich um eine IED-Anlage (Nr. 8.1.1.1 und 8.1.1.3, jeweils Eintrag E in Spalte d im Anhang I zur 4. BImSchV). Daher ist für relevante gefährliche Stoffe gemäß § 3 Abs. 10 BImSchG ein Bericht über den Ausgangszustand von Boden und Grundwasser (Ausgangszustandsbericht) zu erstellen, wenn die Möglichkeit einer Verschmutzung des Bodens und des Grundwassers nicht ausgeschlossen werden kann (§ 10 Abs. 1a BImSchG).

Abfälle werden nicht in die Betrachtung zur Notwendigkeit eines AZB einbezogen, da gefährliche Stoffe i.S. von § 3 Abs. 9 BImSchG unter die CLP-Verordnung fallen und Abfälle dort nicht aufgeführt sind. Als gefährliche Stoffe gemäß der CLP-Verordnung gelten aber die Hilfsstoffe gemäß Formular 22/1 der Antragsunterlagen, die in der KVA verwendet werden.

Durch die in Kapitel 22 der Antragsunterlagen beschriebenen tatsächlichen Umstände sowie die technischen und organisatorischen Gegebenheiten können eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück durch die o.g. Stoffe ausgeschlossen werden. Auf einen AZB konnte somit verzichtet werden.

6. Genehmigungsvoraussetzungen

Das Genehmigungsverfahren wurde nach § 16 Abs. 1 BImSchG durchgeführt. Es handelt sich vorliegend um eine Anlage gemäß den Nr. 8.1.1.1 und 8.1.1.3 des Anhanges zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV). Die Anlage unterliegt der Richtlinie 2010/75/EU vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung).

Zuständige Genehmigungsbehörde ist nach der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz das Regierungspräsidium Darmstadt.

Im Verlauf des Genehmigungsverfahrens war festzustellen, ob die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 6 BImSchG vorliegen oder durch Nebenbestimmungen gemäß § 12 Abs. 1 BImSchG herbeigeführt werden können.

Folgende Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird (vgl. § 10 Abs. 5 BImSchG), wurden beteiligt:

- der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (Bauaufsicht, Branddirektion, Umweltamt, Stadtgesundheitsamt) - hinsichtlich brandschutzrechtlicher und hygienischer Belange sowie Belange zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz,
- das RPUF, Dezernat 41.4 - hinsichtlich wasserwirtschaftlicher Belange,
- das RPUF, Dezernat 41.5 - hinsichtlich bodenschutzrechtlicher Belange,
- das RPUF, Dezernat 42.2 - hinsichtlich abfallrechtlicher Stoffstromüberwachung
- das RPUF, Dezernat 43.1 - hinsichtlich des Immissions- und Lärmschutzes,
- das RPUF, Dezernat VI 63 – hinsichtlich des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik.

Als Ergebnis der behördlichen Prüfungen ist unter anderem Folgendes festzuhalten:

Abfallwirtschaftliche Erfordernisse

Für die Parameter Stickstoff, EOX und PCDD/F sind keine Inputgrenzwerte bezüglich der genannten Abfälle festgelegt. Eine Beeinflussung des tatsächlichen Inputs durch die beantragte Änderung ist somit nicht zu erwarten.

Weiterhin werden die Schadstoffe EOX und PCDD/F in den Abfällen im Zuge der thermischen Abfallbehandlung zerstört, soweit die KVA bestimmungsgemäß betrieben wird. Stickstoff stellt keinen Schadstoffparameter dar. Stickoxide, welche aufgrund eines gegebenenfalls erhöhten Stickstoffgehaltes der zu verbrennenden Abfälle entstehen, werden über eine entsprechende Abluftreinigung durch Einspeisung von Harnstofflösung eliminiert. Bestehende Entsorgungswege werden dementsprechend durch die beantragte Änderung nicht beeinflusst. Somit ist auch die ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der entstehenden Abfälle nach wie vor als gesichert anzusehen.

Glühverluste in den Verbrennungsrückständen, welche mit 3,1 bis 5,4 % den festgelegten Maximalwert von 3 % überschritten, wurden zuletzt im ersten Quartal 2010 festgestellt. Aufgrund des Zeitraums von etwa 13 Jahren, in welchem keine Überschreitung des genannten maximalen Glühverlustes in den Verbrennungsrückständen festgestellt wurde, ist von kontrollierten Verbrennungsbedingungen auszugehen, welche einen vollständigen Ausbrand der Abfälle gewährleisten. Darüber hinaus wird der Glühverlust der Verbrennungsrückstände auch entsorgerseitig überwacht. Die ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der Verbrennungsrückstände ist somit als gesichert anzusehen.

Immissionsschutz

EOX, Stickstoff und Dioxine/Furane

Mit Schreiben vom 24. August 1995 (Az. V-Wa/Di-) wurden Umfang und Turnus für die Klärschlammanalysen aus der Originalsubstanz erstmalig mit der Maßgabe festgelegt, dass u.a. bei einer Verbrennungsmenü-Änderung über eine eventuell notwendige Änderung erneut diskutiert werden muss. Die letzte Änderung zu Inputbeschränkungen und Analyseumfang erfolgte mit Bescheid vom 20. Dezember 2004, Az. IV/F 42.2-100h 12.05-IS-KVA-12.

Unabhängig von im Bescheid festgelegten Inputbeschränkungen und Schwankungsbreite im Ergebnis bisheriger Analysen und der Genehmigung der in diesem Verfahren beantragten Erleichterungen in der Inputkontrolle gelten die Anforderungen der 17. BImSchV. Insbesondere § 3 regelt immissionsschutzrechtlich Anforderungen an die Überwachung in der Anlieferung und im Input der Verbrennung. Nach § 3 Absatz 2 der 17. BImSchV muss vor Annahme gefährlicher Stoffe die Betreiberin die physikalische, und soweit praktikabel, die chemische Zusammensetzung der Abfälle sowie alle sonstigen Angaben zur Beurteilung der Eignung der Abfälle für den Verbrennungsprozess dokumentieren.

Sofern im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems dokumentiert und fachlich begründet sichergestellt ist, dass einzelne Abfälle bzw. Abfallchargen in der Anlieferung bestimmte Schadstoffe nicht enthalten können, müssen keine Probenahmen und Analysen dieser Abfälle auch aus immissionsschutzrechtlicher Sicht durchgeführt werden. Ausnahmen zu den Regelungen in § 3 der 17. BImSchV sind in der Anlage zulässig (nur für Abfälle, die innerhalb der Anlage entstanden sind).

Auch mit Umsetzung der Erleichterung in der Inputkontrolle ist im Betrieb der KVA weiterhin sichergestellt, dass die Verbrennungsbedingungen der 17. BImSchV eingehalten sind.

Bisherige Ergebnisse in der Überwachung der Emissionen haben keinen Zusammenhang zwischen Emissionsgrenzwertüberschreitungen und höheren Werten an EOX, Stickstoff oder Dioxinen/Furanen gezeigt. Auf die Analyse des Parameters EOX als chemisch-analytisch ermittelter Summenparameter kann zudem verzichtet werden, da nicht zu erwarten ist, dass er zusätzliche Erkenntnisse in Bezug auf den Halogengehalt des Abfallinputs in der Annahme und Verbrennung liefert (zur Festlegung der Verbrennungsbedingungen).

Glühverlust

Aufgrund der gemessenen geringen Werte und Schwankungsbreite in den Ergebnissen aus den Analysen der letzten Jahre zum Glühverlust kann die Anzahl der Probenahmen und Analysen verringert und der Turnus für die Berichtspflicht gemäß Antragsgegenstand b) erhöht werden. Die Ergebnisse für den Glühverlust liegen seit Jahren weit unter dem Schwellenwert nach § 5 Absatz 1 Nr. 2 der 17. BImSchV. Darüber hinaus ist die Einhaltung des Schwellenwerts nach der 17. BImSchV durch Kontrollen beim Entsorger überprüft.

7. Zusammenfassende Beurteilung

Gemäß § 6 BImSchG in Verbindung mit den §§ 5 und 7 BImSchG ist die Genehmigung zu erteilen, wenn unter Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt

- schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können,
- Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen,
- Abfälle vermieden, nicht zu vermeidende Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden,
- Energie sparsam und effizient verwendet wird;
- der Betreiber seinen Pflichten bei Betriebseinstellung nachkommen wird und
- andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

Die Prüfung des Antrags durch die Genehmigungsbehörde sowie die eingeholten Stellungnahmen haben ergeben, dass die oben genannten Voraussetzungen nach den §§ 5 und 6 BImSchG unter Berücksichtigung der unter Abschnitt VI. aufgeführten Nebenbestimmungen erfüllt sind und damit Beeinträchtigungen durch die Änderungen an der Anlage nicht zu erwarten sind.

Die in Abschnitt VI. aufgeführten Nebenbestimmungen nach § 12 BImSchG stützen sich im Übrigen auf die in der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft), in der Technischen Anleitung zur Bekämpfung des Lärms (TA Lärm), im Merkblatt (BREF) über die besten verfügbaren Techniken für Abfallbehandlungsanlagen und im Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), in der Arbeitsstättenverordnung, in den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften und Merkblättern der zuständigen Berufsgenossenschaft, in den VDE-Bestimmungen, DIN-Vorschriften, VDI-Richtlinien und sonstigen anerkannten technischen Regeln niedergelegten Vorschriften. Sie dienen dem Immissionsschutz und Arbeitsschutz, der umweltverträglichen Abfallentsorgung, dem Brandschutz und der allgemeinen Sicherheit.

Sie sind teilweise auch aus Gründen der Klarstellung erforderlich und ergänzen insoweit die Festlegungen in den Antragsunterlagen.

Da auch andere öffentlich-rechtliche Vorschriften dem beantragten Vorhaben nicht entgegenstehen, ist die Genehmigung zu erteilen.

VIII. Kostenentscheidung und -festsetzung

1. Kostengrundentscheidung

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

2. Kostenfestsetzung

Die Verwaltungsgebühr wird festgesetzt auf 2.970,00 €

3. Auslagen

Besondere bare Auslagen im Sinne des § 9 HVwKostG sind nicht entstanden bzw. in der Verwaltungsgebühr enthalten.

4. Zahlung des Gesamtbetrags

Der Gesamtbetrag in Höhe von 2.970,00 €, in Worten: Zweitausendneunhundsiebzig Euro, ist innerhalb von 30 Tagen ab Zugang dieses Bescheides fällig.

Bitte überweisen Sie diesen Betrag auf das Konto des HCC-RP Darmstadt bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), IBAN DE87 5005 0000 0001 0058 75 sowie BIC HELADEFXXX unter Angabe des Aktenzeichens dieses Bescheids und der Referenznummer **42205372300602**.

Ohne Angabe der Referenznummer kann Ihre Zahlung nicht zugeordnet werden, so dass möglicherweise Säumniszuschläge oder Mahnkosten anfallen könnten.

Es ist ein Säumniszuschlag gemäß § 15 HVwKostG zu erheben, wenn der Gesamtbetrag nicht fristgerecht auf dem Konto des HCC gutgeschrieben ist. Der Behörde wird hierbei kein Ermessen eingeräumt.

5. Begründung

Die Kosten des Verfahrens haben Sie nach §§ 1, 2 und 11 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes (HVwKostG) zu tragen.

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 1, 3, 5, 6 Abs. 1, 9, 11 Abs. 1 Nr. 1, 12, 14 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes (HVwKostG) in der Fassung vom 12. Januar 2004 (GVBl. I S. 36), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Juni 2018 (GVBl. 2018 S. 330).

Die Verwaltungsgebühr für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung beträgt nach Abschnitt 15 Nr. 15111 der Anlage zur Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (VwKostO-MUKLV) vom 8. Dezember 2009 (GVBl. I S. 522), zuletzt geändert durch Zehnte Verordnung zur Änderung der Verwaltungskostenordnung vom 11. Juli 2022 (GVBl. I S. 402) bei der Prüfung eines Genehmigungsantrages ohne Investitionskosten 2.500,00 €.

Daraus ergibt sich eine Verwaltungsgebühr i. H. von 2.500,00 €.

Die Verwaltungsgebühr für die Vorprüfung des Einzelfalls nach § 1 Abs. 3 der 9. BImSchV sowie nach Nummer 15141 der Anlage zur Verwaltungskostenordnung wird nach Zeitaufwand erhoben und beträgt mindestens 200,00 €.

Bei der Berechnung der Gebühr ist die aufgewendete Zeit aller mit der Beratung befassten Behördenbediensteten mit den derzeit geltenden Minutensätzen, die in Nr. 13 der Verwaltungsvorschriften zu § 3 HVwKostG (StAnz. Nr. 51/2022, S. 1427) festgesetzt sind, zu multiplizieren. Die Gebühr errechnet sich daher wie folgt:

Berechnung der Personalkosten	Arbeitszeit in ¼ h	Kostenaufwand	Kosten
Beamte gehobener Dienst oder vgl. Angestellte	16	18,25 € pro ¼ h	292,00 €
Beamte höherer Dienst oder vgl. Angestellte	8	22,25 € pro ¼ h	178,00 €
Gesamtkosten für die benötigte Arbeitszeit (Personalaufwand)			470,00 €

Daher ist vorliegend eine Verwaltungsgebühr für die Durchführung einer Vorprüfung des Einzelfalls i. H. von 470,00 EUR zu erheben.

Da in Genehmigungsverfahren nach BImSchG (vgl. Nr. 151 des oben genannten Kostenverzeichnisses) die Gebühren die Auslagen mit Ausnahme von Sachverständigen-, Gutachter- und Veröffentlichungskosten mit einschließen, waren vorliegend keine besonderen Auslagen gemäß § 9 Abs. 1 HVwKostG zu erheben.

Die zu zahlenden Verwaltungskosten setzen sich somit aus folgenden Einzelpositionen zusammen:

Gebühr nach Investitionssumme:	2.500,00 €
Gebühr UVP-Prüfung:	470,00 €
Somit ergibt sich folgender Gesamtbetrag:	2.970,00 €

Hinweis:

Nach der Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH) (Beschluss vom 13. März 1997, Az.: 14 TG 4045/96, S. 14 und 15 des amtlichen Umdruckes) sind Verwaltungskosten als öffentliche Kosten i.S. des § 80 Abs. 2 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) anzusehen. Somit entfällt die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs in Bezug auf die Kostenentscheidung. Der Betrag ist zunächst zu zahlen und bei Rechtsfehlerhaftigkeit der Kostenentscheidung von der Behörde zurückzuerstatten.

IX. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim

Verwaltungsgericht Frankfurt am Main
Adalbertstraße 18
60486 Frankfurt am Main

erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Kathrin Kozyra

Anlage

Antragsunterlagen

Anhang: Abkürzungs- und Fundstellenverzeichnis

Anhang

Abkürzungs- und Fundstellenverzeichnis

a) Rechts- und Verwaltungsvorschriften

Abkürzung	Name	Fundstelle	letzte Änderung
ABergV	Allgemeine Bundesbergverordnung	23.10.1995 (BGBl. I S. 1466)	18.10.2017 (BGBl. I S. 3584)
AbfVerbrG	Abfallverbringungsgesetz	19.07.2007 (BGBl. I S. 1462)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
AbwAG	Abwasserabgabengesetz	In der Fassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114)	22.08.2018 (BGBl. I S. 1327)
AbwV	Abwasserverordnung	In der Fassung vom 17.06.2004 (BGBl. I S. 1108, 2625)	20.01.2022 (BGBl. I S. 87)
AllgVwKostO	Allgemeine Verwaltungskostenordnung	11.12.2009 (GVBl. I S. 763)	06.12.2022 (GVBl. S. 722)
AltfahrzeugV	Altfahrzeug-Verordnung	In der Fassung vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2214)	18.11.2020 (BGBl. I S. 2451)
AltholzV	Altholzverordnung	15.08.2002 (BGBl. I S. 3302)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
AltöIV	Altöl-Verordnung	In der Fassung vom 16.04.2002 (BGBl. I S. 1368)	05.10.2020 (BGBl. I S. 2091)
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz	07.08.1996 (BGBl. I S. 1246)	31.05.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140)
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung	12.08.2004 (BGBl. I S. 2179)	22.12.2020 (BGBl. I S. 3334)
ASR	Arbeitsstättenrichtlinien, diverse		
AVV	Abfallverzeichnis-Verordnung	10.12.2001 (BGBl. I S. 3379)	30.06.2020 (BGBl. I S. 1533)
AwSV	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	18.04.2017 (BGBl. I S. 905)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
BauGB	Baugesetzbuch	03.11.2017 (BGBl. I S. 3634)	03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
BauNVO	Baunutzungsverordnung	21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)	03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
BaustellV	Baustellenverordnung	10.06.1998 (BGBl. I S. 1283)	19.12.2022 (BGBl. 2023 I Nr. 1)
BBergG	Bundesberggesetz	13.08.1980 (BGBl. I S. 1310)	22.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88)
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz	17.03.1998 (BGBl. I S. 502)	25.02.2021 (BGBl. I S. 306)
BBodSchV	Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung	12.07.1999 (BGBl. I S. 1554)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung	03.02.2015 (BGBl. I S. 49)	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146)
BG-V	Brennstoffwechsel-Gasmangellage-Verordnung	19.10.2022 (BGBl. I S. 1812)	
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz	In der Fassung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274; BGBl. I 2021 S. 123)	26.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202)
1. BImSchV	Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen	In der Fassung vom 26.01.2010 (BGBl. I S. 38)	13.10.2021 (BGBl. I S. 4676)
2. BImSchV	Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen	10.12.1990 (BGBl. I S. 2694)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
4. BImSchV	Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen	In der Fassung vom 31.05.2017 (BGBl. S. 1440)	12.10.2022 (BGBl. I S. 1799)
5. BImSchV	Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte	30.07.1993 (BGBl. I S. 1433)	28.04.2015 (BGBl. I S. 670)
7. BImSchV	Verordnung zur Auswurfbegrenzung von Holzstaub	18.12.1975 (BGBl. I S. 3133)	
9. BImSchV	Verordnung über das Genehmigungsverfahren	In der Fassung vom 29.05.1992 (BGBl. I S. 1001)	22.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88)
10. BImSchV	Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen	08.12.2010 (BGBl. I S. 1849)	13.12.2019 (BGBl. I S. 2739)
11. BImSchV	Verordnung über Emissionserklärungen	In der Fassung vom 05.03.2007 (BGBl. I S. 289)	09.01.2017 (BGBl. I S. 42)
12. BImSchV	Störfall-Verordnung	In der Fassung vom 15.03.2017 (BGBl. I S. 483)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
13. BImSchV	Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen	06.07.2021 (BGBl. I S. 2514)	

Abkürzung	Name	Fundstelle	letzte Änderung
16. BImSchV	Verkehrslärmschutzverordnung	12.06.1990 (BGBl. I S. 1036)	04.11.2020 (BGBl. I S. 2334)
17. BImSchV	Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen	02.05.2013 (BGBl. I S. 1021, 1044, 3754)	06.07.2021 (BGBl. I S. 2514)
20. BImSchV	Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen oder Lagern von Ottokraftstoffen, Kraftstoffgemischen oder Rohbenzin	In der Fassung vom 18.08.2014 (BGBl. I S. 1447)	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146)
30. BImSchV	Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen	20.02.2001 (BGBl. I S. 305)	12.10.2022 (BGBl. I S. 1800)
31. BImSchV	Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen	21.08.2001 (BGBl. I S. 2180)	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146)
41. BImSchV	Bekanntgabeverordnung	02.05.2013 (BGBl. I S. 973)	10.08.2021 (BGBl. I S. 3436)
42. BImSchV	Verordnung über Verdunstungskühlanlagen, Kühltürme und Nassabscheider	12.07.2017 (BGBl. I S. 2379; 2018 I S. 202)	
44. BImSchV	Verordnung über mittelgroße Feuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen	13.06.2019 (BGBl. I S. 804)	12.10.2022 (BGBl. I S. 1801)
BioAbfV	Bioabfallverordnung	In der Fassung vom 04.04.2013 (BGBl. I S. 658)	28.04.2022 (BGBl. I S. 700; 2023 I Nr. 153)
BioStoffV	Biostoffverordnung	15.07.2013 (BGBl. I S. 2514)	21.07.2021 (BGBl. I S. 3115)
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz	29.07.2009 (BGBl. I S. 2542)	08.12.2022 (BGBl. I S. 2240)
ChemBiozidDV	Biozidrechts-Durchführungsverordnung	18.08.2021 (BGBl. I S. 3706)	
ChemG	Chemikaliengesetz	In der Fassung vom 28.08.2013 (BGBl. I S. 3498)	10.08.2021 (BGBl. I S. 3436)
ChemKlimaschutzV	Chemikalien-Klimaschutzverordnung	02.07.2008 (BGBl. I S. 1139)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
ChemOzonSchichtV	Chemikalien-Ozonschichtverordnung	15.02.2012 (BGBl. I S. 409)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
ChemVerbotsV	Chemikalien-Verbotsverordnung	20.01.2017 (BGBl. I S. 94)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
CLP-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	16.12.2008 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1)	02.05.2023 (ABl. L 176 vom 11.07.2023, S. 6)
DepV	Deponieverordnung	27.04.2009 (BGBl. I S. 900)	09.07.2021 (BGBl. I S. 2598)
EAG-BehandV	Elektro- und Elektronik-Altgeräte-Behandlungsverordnung	21.06.2021 (BGBl. I S. 1841)	
EMASPrivilegV	EMAS-Privilegierungs-Verordnung	24.06.2002 (BGBl. I S. 2247)	06.07.2021 (BGBl. I S. 2514)
ElektroG	Elektro- und Elektronikgerätegesetz	20.10.2015 (BGBl. I S. 1739)	08.12.2022 (BGBl. I S. 2240)
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung	26.11.2010 (BGBl. I S. 1643)	21.07.2021 (BGBl. I S. 3115)
GewAbfV	Gewerbeabfallverordnung	18.04.2017 (BGBl. I S. 896)	28.04.2022 (BGBl. S. 700)
GewO	Gewerbeordnung	In der Fassung vom 22.02.1999 (BGBl. I S. 202)	31.05.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140)
HAKrWG	Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz	06.03.2013 (GVBl. S. 80)	03.05.2018 (GVBl. S. 82)
HAItBodSchG	Hessisches Altlasten- und Bodenschutzgesetz	28.09.2007 (GVBl. I S. 652)	30.09.2021 (GVBl. S. 602, 701)
HBKG	Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz	14.01.2014 (GVBl. S. 26)	30.09.2021 (GVBl. S. 602)
HBO	Hessische Bauordnung	28.05.2018 (GVBl. S. 198)	20.07.2023 (GVBl. S. 582)
HDSchG	Hessisches Denkmalschutzgesetz	28.11.2016 (GVBl. S. 211)	
HeNatG	Hessisches Naturschutzgesetz	25.05.2023 (GVBl. S. 379)	28.06.2023 (GVBl. S. 473)
HessAGVwGO	Hessisches Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung	In der Fassung vom 27.10.1997 (GVBl. I S. 381)	09.12.2022 (GVBl. S. 764)
HLPG	Hessisches Landesplanungsgesetz	12.12.2012 (GVBl. S. 590)	19.07.2023 (GVBl. S. 584)

Abkürzung	Name	Fundstelle	letzte Änderung
HUIG	Hessisches Umweltinformationsgesetz	14.12.2006 (GVBl. I S. 659)	09.09.2019 (GVBl. S. 229)
H-VV TB	Hessische Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen	08.12.2021 (StAnz. S. 1704)	
HVwVfG	Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz	In der Fassung vom 15.01.2010 (GVBl. I S. 18)	16.02.2023 (GVBl. S. 78)
HVwKostG	Hessisches Verwaltungskostengesetz	In der Fassung vom 12.01.2004 (GVBl. I S. 36)	23.06.2018 (GVBl. S. 330)
HWG	Hessisches Wassergesetz	14.12.2010 (GVBl. I S. 548)	28.06.2023 (GVBl. S. 473)
HWaldG	Hessisches Waldgesetz	27.06.2013 (GVBl. S. 458)	22.02.2022 (GVBl. S. 126)
ImSchZuV	Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung	26.11.2014 (GVBl. S. 331)	13.03.2019 (GVBl. S. 42)
IZÜV	Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung	02.05.2013 (BGBl. I S. 973, 1011, 3756)	09.12.2020 (BGBl. I S. 2873)
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz	24.02.2012 (BGBl. I S. 212)	02.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)
KNV-V	KWK-Kosten-Nutzen-Vergleichs-Verordnung	28.04.2015 (BGBl. I S. 670)	06.07.2021 (BGBl. I S. 2514)
KSG	Bundes-Klimaschutzgesetz	12.12.2019 (BGBl. I S. 2513)	18.08.2021 (BGBl. I S. 3905)
LärmVibrationsArbSchV	Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung	06.03.2007 (BGBl. I S. 261)	21.07.2021 (BGBl. I S. 3115)
NachwV	Nachweisverordnung	20.10.2006 (BGBl. I S. 2298)	28.04.2022 (BGBl. S. 700)
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten	In der Fassung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602)	14.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 73)
PlanSiG	Planungssicherstellungsgesetz	20.05.2020 (BGBl. I S. 1041)	22.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88)
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146, 3147)	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146)
REACH-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission	18.12.2006 (ABl. L 396 vom 30.12.2006 S. 1)	14.07.2023 (ABl. L 180 vom 17.07.2023 S. 12)
ROG	Raumordnungsgesetz	22.12.2008 (BGBl. I S. 2986)	22.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88)
SprengG	Sprengstoffgesetz	In der Fassung vom 10.09.2002 (BGBl. I S. 3518)	02.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)
2. SprengV	2. Verordnung zum Sprengstoffgesetz	in der Fassung vom 10.09.2002 (BGBl. I S. 3543)	29.03.2017 (BGBl. I S. 626)
3. SprengV	3. Verordnung zum Sprengstoffgesetz	23.06.1978 (BGBl. I S. 783)	25.07.2013 (BGBl. I S. 2749)
StGB	Strafgesetzbuch	In der Fassung vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322)	04.12.2022 (BGBl. I S. 2146)
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm	26.08.1998 (GMBL. S. 503)	01.06.2017 (BAAnz AT 08.06.2017 B5)
TA Luft	Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft	18.08.2021 (GMBL. S. 1050)	
TEHG	Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz	21.07.2011 (BGBl. I S. 1475)	10.08.2021 (BGBl. I S. 3436)
TPrüfV	Technische Prüfverordnung	04.12.2020 (GVBl. I 857)	
ÜAnlG	Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146, 3162)	
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz	In der Fassung vom 23.08.2017 (BGBl. I S. 3290)	14.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 71)
USchadG	Umweltschadensgesetz	In der Fassung vom 05.03.2021 (BGBl. I S. 346)	
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung	In der Fassung vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540)	22.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88)
VerpackG	Verpackungsgesetz	05.07.2017 (BGBl. I S. 2234)	11.05.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 124)

Abkürzung	Name	Fundstelle	letzte Änderung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung	In der Fassung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686)	14.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 71)
VwKostO-MUKLV	Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	08.12.2009 (GVBl. I S. 522)	11.07.2022 (GVBl. S. 402)
WasBauPVO	Verordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten und Bauarten durch Nachweise nach der Hessischen Bauordnung	20.05.1998 (GVBl. I S. 228)	05.10.2018 (GVBl. S. 642)
WHG	Wasserhaushaltsgesetz	31.07.2009 (BGBl. I S. 2585)	03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
WindBG	Windenergieflächenbedarfsgesetz	20.07.2022 (BGBl. I S. 1353)	26.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202)

b) Technische Regelwerke

Abkürzung	Bedeutung	weitere Informationen, Bezugsquellen
DIN-Normen	Normen des Deutschen Instituts für Normung e. V.	Beuth Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin, https://www.beuth.de/de/
DGUV-Regeln, DGUV-Informationen, DGUV-Grundsätze	Regeln, Informationen und Grundsätze der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V.	https://www.dguv.de/de/praevention/vorschriften_regeln/index.jsp
TRAS	Technische Regeln für Anlagensicherheit	https://www.kas-bmu.de/tras-endqueltige-version.html
TRBA	Technische Regeln für Biologische Arbeitsstoffe	https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/TRBA/TRBA.html
TRBS	Technische Regeln für Betriebssicherheit	https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/TRBS/TRBS.html
TRGS	Technische Regeln für Gefahrstoffe	https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/TRGS/TRGS.html
TRLV	Technische Regeln zur Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung	https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/TRLV/TRLV.html
UVV	Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaft	Über die jeweilige Berufsgenossenschaft; Adressen siehe https://www.dguv.de/de/bg-uk-lv/index.jsp
VDI-Richtlinien	Richtlinien des Vereins Deutscher Ingenieure e. V.	Informationen unter https://www.vdi.de/richtlinien , Bezug über Beuth-Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin
VdS-Richtlinien, Sicherheitsvorschriften und Merkblätter	Richtlinien, Sicherheitsvorschriften und Merkblätter der VdS Schadenverhütung GmbH	https://shop.vds.de/
vfdb-Richtlinien	Richtlinien der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V.	https://www.vfdb.de/veroeffentlichungen/publikationen/richtlinien